

01) Papst Franziskus lehnt den Rücktritt von Kardinal Marx ab

19. 06. 2021



Bildquelle: MPI

In einem Brief, der am 10. Juni in spanischer Sprache verfasst wurde, lehnte Papst Franziskus den Rücktritt ab, den der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Reinhard Marx, am 21. Mai eingereicht hatte, und bat ihn, an der Spitze seiner Diözese zu bleiben.

In seinem Rücktrittsschreiben sprach der deutsche Prälat von „Versäumnissen auf persönlicher Ebene“, aber auch „auf institutioneller und systematischer Ebene“, eine regelrechte Denunziation der Kirche in Deutschland. Marx klagte auch einige seiner Mitbrüder an, die, wie er sagte, „diesen Aspekt der Mitverantwortung und damit die schuldhafte Beteiligung der Institution nicht akzeptieren wollen“ und „eine Haltung einnehmen, die jedem Dialog der Reform und Erneuerung in Bezug auf die Krise des sexuellen Missbrauchs feindlich gegenübersteht“.

Der einzige Weg aus der Krise, so der Kardinal, sei „der ‚synodale Weg‘, ein Weg, der wirklich die ‚Unterscheidung der Geister‘ ermöglicht.

Die italienische Tageszeitung [La Nuova Bussola Quotidiana](#) (LNBQ) erinnert daran, dass dieser Weg eine Überprüfung der gesamten Morallehre der Kirche über die Sexualität beinhaltet hat. Der erste Akt der deutschen Synode, als Marx noch Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz war, endete mit einer „freien Interpretation“ der kirchlichen Lehre zu Zölibat, Homosexualität und Sexualität. Marx hatte erklärt: „Einerseits halten wir uns an die Ordnung der Kirche, andererseits interpretieren wir sie frei und offen. Und wir versuchen, etwas zu machen, was es in dieser Form bei uns noch nie gegeben hat.“

Angesichts des Widerstands gegen seine Vorschläge für linke Reformen entschloss sich Kardinal Marx zum Rücktritt. Diese Initiative kann als „offensichtlicher Versuch gedeutet werden, die Hand in Richtung der radikalen ‚Reformen‘ zu zwingen, die der Synodale Weg mit einem Knall vorantreibt, eine Botschaft, die durch das ‚persönliche Zeugnis‘ bekräftigt wird, das von diesem Rücktritt ausgeht, der als eine Geste der Mitverantwortung gesehen wird, jener Mitverantwortung, die ‚die anderen‘ nicht akzeptieren wollen. Ein Anschein von Bescheidenheit, der dennoch den Willen verrät, sofort mit dem Finger auf diejenigen zu zeigen, die seine Reformen nicht wollen“, fährt LNBQ in einer alles in allem stimmigen Analyse fort, und dabei bleibt es nicht:

Im zweiten Akt der Geschichte lehnt Franziskus in einem Brief das großzügige Angebot des Erzbischofs ab, den Bischofssitz von Ratzinger zu übernehmen. „Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie die traurige Geschichte des sexuellen Missbrauchs und die Art und Weise, wie die Kirche bis vor kurzem damit umgegangen ist, als eine Katastrophe bezeichnen. Sich dieser Heuchelei in der Art, wie wir unseren Glauben leben, bewusst zu werden, ist eine Gnade, es ist ein erster Schritt, den wir tun müssen“, schreibt der Papst. Er weist auf den Weg der Kirchenreform als eine Reform des Selbst hin, „gemacht von Männern und Frauen, die sich nicht scheuten, in eine Krise zu gehen und sich vom Herrn reformieren zu lassen.“ Sich selbst in Gefahr zu begeben, um die Reform nicht zur Ideologie zu machen, in der „Art und Weise, die Sie selbst, lieber Bruder, bei der Präsentation Ihres Rücktritts angenommen haben“, wenn stattdessen das, was der Papst in seinem Brief die „Politik des Straußes“ nennt, „Schweigen, Auslassungen, zu viel Gewicht auf das Prestige von Institutionen legen, die nur zum persönlichen und historischen Bankrott führen.“

Indem Franziskus den Rücktritt von Kardinal Marx ablehnt, so die Schlussfolgerung von LNBQ, „verschweigt er den Hinweis auf den synodalen Weg als Ausweg aus der Krise; damit besteht aber die Gefahr, dass das eigentliche Problem des sexuellen Missbrauchs vernebelt wird, um zu verhindern, dass wir sehen, dass die Kirche in Deutschland in jeder Hinsicht in Schieflage ist und dass der synodale Weg nicht die Lösung, sondern der Beschleuniger dieser Probleme ist.“

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Der Verfassungsschutz verfolgt den Verlag Antaios und die „Neue Rechte“

Von Lionel Baland

17. 06. 2021



Bildquelle: Breizh-Info

Fahrenheit 451 ist der Titel eines Romans des amerikanischen Schriftstellers Ray Bradbury aus dem Jahr 1953. In diesem Buch, das die Grundlage für den 1966 erschienenen gleichnamigen britischen Science-Fiction-Film des französischen Filmemachers François Truffaut war, sind die Feuerwehrleute nicht mehr für das Löschen von Bränden zuständig, sondern für die Zerstörung von Büchern, weil diese als Gefahr für das herrschende politische System gelten, das, um sie zu verbieten, behauptet, dass Bücher dem Glück schaden und soziale Ungleichheiten und Konflikte zwischen den Bürgern erzeugen.

451 Grad Fahrenheit, oder 232,78 Grad Celsius, ist die Temperatur, bei der sich Papier spontan entzündet, ohne dass es dafür einer äußeren Flamme bedarf.

Das Szenario des Buches und des Filmes ist nun immer weniger Science Fiction. Die gerichtliche und gesellschaftliche Unterdrückung von dissidenten Schriftstellern in ganz Westeuropa nimmt immer größere Ausmaße an. Der Antaios-Verlag des deutschen „Neue Rechte“-Verlegers Götz Kubitschek wurde jetzt vom Verfassungsschutz zu einem „Verdachtsfall“ erklärt.

Am Dienstag, 15. Juni 2021, stellten der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, der bayerische Christlich-Soziale Horst Seehofer (CSU), und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, den Jahresbericht 2020 dieses Amtes vor.

Der als „Neue Rechte“ bezeichnete intellektuelle Trend ist in diesem Jahr als eigene Kategorie im Verfassungsschutzbericht enthalten. Horst Seehofer sagt, die „Neue Rechte“ wolle „ihre Ideen mit einem pseudo-intellektuellen Anstrich in den politischen Diskurs einbringen und die Grenzen des Sagbaren verschieben“. Dazu gehören die Identitäre Bewegung, das von Jürgen Elsässer geleitete Magazin Compact, das Institut für Staatspolitik (IfS), das im Orbit von Götz Kubitschek steht, die nationalistische Propagandaagentur EinProzent und der Anti-Islamisierungsblog PI-News.

Thomas Haldenwang bestätigte die Überwachung des Antaios-Verlags. Einer der Gründe dafür sind die Verbindungen zwischen dem Verlag und dem inzwischen aufgelösten nationalistischen Flügel der deutschen patriotischen Partei Alternative für Deutschland (AfD). Björn Höcke, Nummer eins des „Flügels“, hat gesagt, Antaios' Bücher seien für ihn ein „geistiger Glücksfall“.

Ironischerweise veröffentlichte Antaios im Jahr 2020 ein Sammelwerk mit dem Titel *Das Buch im Haus nebenan*. Die Autoren stellen jeweils eine Reihe von berühmten Büchern vor, die sie gelesen haben und die einen Einfluss auf sie hatten. In der Einleitung beziehen sich Götz Kubitschek und seine Frau Ellen Kositzka auf das Buch *Fahrenheit 451*, in dem Ray Bradbury den Brandmeister Beatty in einem Schlüsselgespräch sagen lässt: „Das Buch im Nachbarhaus ist wie eine schwer geladene Pistole.“

Zu den von Antaios veröffentlichten Autoren gehören der „Papst“ der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, sowie Jean Raspail, der Autor von *Das Heerlager der heiligen (Camp des Saints)*.

Buch :

Götz Kubitschek und Ellen Kositzka (Hrsg.), *Das Buch im Haus nebenan*, Antaios, Schnellroda, 2020.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Petition fordert Umbenennung des Buntstifts „Hautfarbe“

20. 06. 2021



Die „woke“, politisch-korrekte „Cancel-Culture“ hat ein neues Opfer gefunden: Buntstifte, denn diese symbolisieren neuerdings offenbar ebenfalls den allseits grassierenden Rassismus in den westlichen Gesellschaften. Konkret geht es um die „Hautfarbe“. Diese soll umbenannt werden.

Hautfarbe darf nicht hell sein

[In einer Petition](#) bei der Plattform [change.org](https://www.change.org) die sich an den deutschen Bundestag richtet, fordern die Initiatoren „BCF – Let’s break the Silence“ eine Umbenennung des Buntstiftes, da es in Hinblick auf die vermeintliche Indoktrination der Kinder unvermeidlich sei, ihnen beizubringen, dass nicht ein heller Ton die Hautfarbe repräsentiere:

„Ein Kind bekommt im Kindergarten beigebracht, dass der cremefarbende Stift – „Hautfarbe“ heißt. Es wird den Kindern im Kindergarten deutlich gemacht, dass diese helle Farbe die ein und wahre „Hautfarbe“ ist und alle anderen Hauttöne indirekt anders sind.“

Hier beginne bereits der Alltagsrassismus. Daher müsse man bei den Jüngsten ansetzen. Dass in den westlichen Gesellschaften (noch) hellhäutige Menschen die Mehrheit bilden und daher auch durch einen hellen Farbton als „Hautfarbe“ repräsentiert werden, dürfte wie so oft nebensächlich oder gar verwerflich sein. Immerhin haben bereits über 1.000 (!) Menschen die Petition unterzeichnet.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Bundeswehr hätte keine Chance gegen eine Armee, die so ausgerüstet ist wie die aserbaidische

Von Laurent Lagneau

16. 06. 2021



Bildquelle: Zone militaire

Für viele Beobachter war der letzte Krieg in Berg-Karabach, in dem Aserbaidschan gegen Armenien kämpfte, ein Vorläufer der kommenden Kriege. Obwohl die armenischen Kräfte als effektiver als ihre Gegner eingeschätzt wurden, mussten sie sich geschlagen geben, was in der Folge zu politischen Spannungen in Eriwan führte.

Von den ersten Tagen des Konflikts an war die aserbaidische Überlegenheit offensichtlich, vor allem dank des massiven Einsatzes von Kampfdrohnen [insbesondere der türkischen Bayraktar TB2], von aus der Türkei und Israel gelieferter Prowler-Munition und von Mitteln der elektronischen Kriegsführung, die es in Kombination mit Schlägen ermöglichten, die armenische Luftabwehr zu neutralisieren. Hinzu kommen die von den Spezialkräften durchgeführten Aktionen sowie der Rückgriff auf Söldner [die von Ankara aus den Reihen der syrischen Rebellengruppen rekrutiert wurden], die zweifelsohne eine psychologische Wirkung auf die Bevölkerung von Berg-Karabach hatten.

Das Deutsche Institut für Wehrwissenschaft und Strategische Studien [GDIS], das, wie der Name nicht verrät, Teil der Bundeswehr ist, fragte sich, ob die deutsche Armee in der Lage gewesen wäre, es besser zu machen als ihr armenisches Pendant.

Und trotz des Unterschieds in den Ressourcen und Fähigkeiten ist die Antwort von Oberstleutnant Michael Karl, einem ISWG-Experten, brutal.

„Um es ganz offen zu sagen: Wenn die Bundeswehr in diesem konkreten Konflikt gegen Aserbaidschan hätte kämpfen müssen, hätte sie keine große Chance gehabt“, sagte der

Offizier. „Mit den eingesetzten Waffensystemen, wie Kampfdrohnen und Prowler-Munition, hätten wir uns nicht ausreichend verteidigen können. Allein das Fähigkeitsdefizit in der Luftverteidigung hätte unseren Verlust verursacht“, führte er weiter aus.

Zumal Prowler-Munition gewaltig sein kann, vor allem wenn sie schwärmen. „Im Gegensatz zu einer Rakete, der die Koordinaten des Ziels mitgeteilt werden, verfolgen diese Arten von ‚Kamikaze‘-Drohnen ihr Ziel“ und ein „Schwarm solcher Drohnen kann so programmiert werden, dass er eine Formation von Kampfpanzern angreift“, erinnerte er.

Für Oberstleutnant Karl war es wichtig, die Komplementarität zwischen Luft- und Bodenstreitkräften – insbesondere im Bereich der Anti-Drohnen-Kriegsführung [ADW] – zu erhöhen und die Bundeswehr mit modernster Technologie auszustatten, um neuen Bedrohungen zu begegnen. Darüber hinaus plädiert er auch für bewaffnete Drohnen, die unter deutschen Politikern kontrovers diskutiert werden.

Es ist jedoch anzumerken, dass die deutschen Grünen, die bisher gegen die Bewaffnung von Drohnen waren, sich in dieser Frage weiterentwickelt haben. Letztere haben sich nämlich in den Debatten um das Wahlprogramm, das sie bei der Bundestagswahl im kommenden September verteidigen werden, mit knapper Mehrheit für die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr ausgesprochen...

Tatsache ist, dass der jüngste Krieg in Berg-Karabach das Denken der westlichen Armeen im Bereich der Drohnenbekämpfung beschleunigt hat.

Dies ist zum Beispiel der Fall bei der US-Armee mit dem Mobile Force Protection [MFP]-Programm, das unter der Leitung der DARPA [der Forschungs- und Entwicklungsagentur des Pentagon] ein X-Band-Radar verwendet, um bedrohliche Drohnen zu erkennen... und automatisch Abfangdrohnen zu steuern.

<https://unser-mitteuropa.com/bundeswehr-haette-keine-chance-gegen-eine-armee-die-so-ausgeruestet-ist-wie-die-aserbaidshische/>

Letzte Woche berichtete die französische Armee über Experimente ihrer technischen Abteilung [STAT] mit dem ARLAD-System [Adaptation réactive pour la lutte anti-drone]. Dieses System, das auf einem VAB [gepanzertes Frontfahrzeug] installiert ist, basiert auf einem Radar und einem Granatwerfer, der auf einem Drehturm montiert ist. Das Prinzip ist einfach: Sobald eine feindliche Drohne entdeckt wird, wird sie mit „Aibust“-Munition beschossen, deren Knallwirkung ihr theoretisch keine Chance lassen sollte.

Quelle: [Zone militaire](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**05) AfD zu Würzburg-Anschlag: Kein „Einzelfall“ sondern islamischer Terrorakt
Abgelehnter Asylbewer richtet Blutbad an**

26. 06. 2021



Dr. Gottfried Curio, Innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion · YouTube Screenshot

Zum jüngsten Terroranschlag eines Schutzsuchenden nimmt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Gottfried Curio, in einer Pressemitteilung wie folgt Stellung:

„In Würzburg wurden drei Menschen erstochen und fünf weitere schwerverletzt. Der Täter: Ein 24-jähriger Somalier, polizeibekannt, gewalttätig, 2015 als ‚Flüchtling‘ eingereist. Die Tat war nicht etwa ein ‚Vorfall‘ wie die Tagesschau in ihren Hauptnachrichten den Zuschauern suggerieren wollte, sondern ein islamischer Terrorakt. Der Täter rief laut Augenzeugen während der Gewalttat ‚Allahu Akbar‘.

Ein Muster, welches einem in den letzten Jahren immer häufiger begegnet. Mitnichten handelt es sich hier um einen Einzelfall wie auch dem aktuellen Bundeslagebild ‚Kriminalität im Kontext von Zuwanderung‘ für das Jahr 2020 zu entnehmen ist: So gab es 2020 knapp 50.000 Körperverletzungen mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer, 15.000 begingen gefährliche und schwere Körperverletzung. Bei einem Bevölkerungsanteil von ca. 1,5 Prozent waren sogenannte ‚Flüchtlinge‘ zu 12,4 Prozent bei Straftaten gegen das Leben beteiligt. Damit sind sie mehr als achtmal überrepräsentiert. Deutsche Innenstädte dürfen nicht zur Unsicherheitszone werden.

Man sollte sich zu beliebiger Tageszeit ohne Blick über die Schulter frei bewegen können. Die AfD-Fraktion hat die Regierung gewarnt: Masseneinwanderung ist auch Messereinwanderung. Es ist hier an der Zeit, ein fundamentales Umdenken in der Migrationspolitik einzuleiten. Kriminelle ‚Flüchtlinge‘ gehören in Abschiebehaft genommen.

Die Grenzen sind vor Eindringlingen zu schützen. Nach deutschem Recht und Gesetz sind Menschen, die aus einem sicheren Herkunftsland einreisen wollen, an der Grenze abzuweisen.“

Die von Curio angesprochenen Forderungen begann in Österreich unter der damaligen ÖVP/FPÖ Regierung der damals amtierende Innenminister (und jetzige FPÖ-Chef) Herbert Kickl in Form der „Anschlusshaft“ gerade umzusetzen. Damit sollte verhindert werden, dass kriminelle „Flüchtlinge“ bis zur Abschiebung einfach untertauchen können. Nach dem von Deutschland aus losgetretenen Ibiza-Skandal wurde nach Sprengung der Regierung dann von der neuen ÖVP/Grünen-Regierung diese und andere Maßnahmen umgehend gestoppt oder rückgängig gemacht. Daran ist zu erkennen, dass die aktuellen Machthaber die Sicherheit der Bevölkerung als zweitrangig betrachten. Die Agenda Massenmigration (auch von Kriminellen) hat nach wie vor Priorität und wird weiter, selbst in Corona-Zeiten, konsequent durchgezogen. Unter Politikern wie Curio in Deutschland oder Kickl Österreich hätte es somit die Terroropfer in Würzburg bzw. in Wien nicht gegeben. Wir erinnern uns: Auch der Attentäter des [Anschlages in Wien mit vier Toten](#) vom November war ein vorbestrafter „Flüchtling“ den man frei herumlaufen ließ.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Die üblichen Verdächtigen: „Nafri“ schlachtet drei Menschen in Würzburger Innenstadt ab!

25. 06. 2021



In der deutschen Stadt Würzburg kam es heute zu einem Gewaltverbrechen. Und wie so oft in der jüngeren Kriminalitätsgeschichte Deutschlands, ist auch diesmal ein Migrant der Täter. Genauer gesagt ein Nordafrikaner. Dieser schlachtete offenbar wahllos drei Menschen in der Innenstadt rund um den Barbarossaplatz mit einem langen Messer ab und verletzte dutzende weitere.

Videos zeigen mit Messer bewaffneten Nafri

Unbestätigten Meldungen in diversen sozialen Netzwerken zufolge handelt es sich um einen Nordafrikaner. Und auch Videos belegen die vermeintliche Herkunft, da der Täter vom Erscheinungsbild als klassischer „Nafri“ durchgehen könnte.

Wie zu sehen ist, rennt der Migrant (vorbildlich mit Mundschutz!) mit einem Messer herum und bedroht Passanten, die ihn zu überwältigen versuchen. Die erst spät angerückte Polizei überwältigte den Messermann durch Schusswaffengebrauch, wie es derzeit heißt:

[Zwei Videos in der Originaldatei abrufbar]

Video-Player

Update – 26.06.2021 / 02:20

Laut [dw.com](https://www.dw.com) „gebe zudem fünf weitere Schwer- und Schwerstverletzte und noch weitere Verletzte. Bei den sehr schwer Verletzten sei noch nicht sicher, ob alle überleben.“ Und ganz überraschend: „Ein islamistisches Motiv wird **nicht ausgeschlossen**.“ Wer hätte sich das gedacht? „Nicht ausgeschlossen“ – na so was!

Update – 22:30 Uhr

Der Täter schrie laut mehreren Augenzeugen „Allahu Akbar“ während er die Menschen niederstach, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann.

Archivbild: „Würzburg ist bunt“:



Update – 21:30 Uhr

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: „Er ist bereits zuvor aufgefallen und zwangsweise in eine psychiatrische Behandlung eingewiesen worden.“ Gut möglich, dass er dadurch das Zeug zum „Schuldunfähigen“ hat.

Update – 21:00 Uhr

Der Schutzsuchende lebt seit 2015 in Würzburg.

Update – 20:00 Uhr

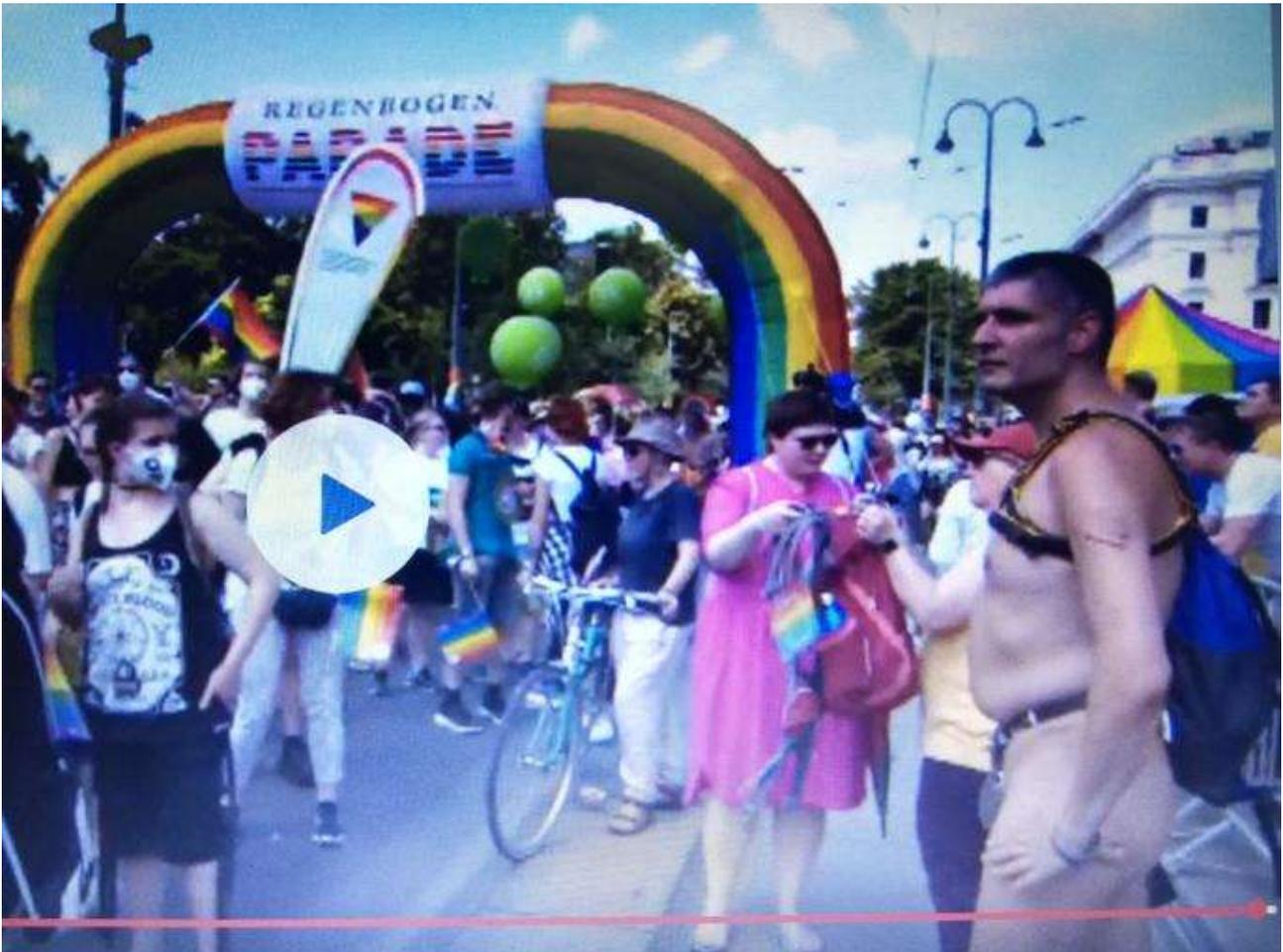
Inzwischen ist auch die Herkunft des Täters geklärt: Wie ein Sprecher der Polizei erklärte, handelt es sich um einen 24-jährigen Somali.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Wien: „Marsch für die Familie“ zensiert

Von Elmar Forster

20. 06. 2021



Screenshot

<https://unser-mittleuropa.com/wien-marsch-fuer-die-familie-zensiert/>

Man mag über weltanschauliche Kundgebungen zu sexual-gesellschaftlichen Präferenzen unterschiedlicher Meinung sein.

Allerdings sei eine aufklärerische Frage gestattet...

Warum bringt sich eine „freie“ westliche [Presse](#) einseitig für die LBTG-Lobby in Kampfstellung (siehe Titelbild) und zensiert den neo-konservativen „[Marsch für die Familie](#)“, am selben Tag, am 19.6.2021?

https://www.youtube.com/watch?v=V-R6Pjf_egw

Stalin hats nicht anders gemacht...: Unliebsames einfach [wegretuschiert](#):



Quelle: [Fisch+Fleisch](#)

08) Österreich: Herbert Kickl ist neuer FPÖ-Chef

19. 06. 2021



Herbert Kickl · Foto: fpoe.at

An der Spitze der FPÖ in Österreich steht künftig der für seine scharfe Rhetorik bekannte Herbert Kickl. Der 52-Jährige erhielt bei der Wahl zum Parteichef auf einem außerordentlichen Bundesparteitag in Wiener Neustadt 88,2 Prozent der Stimmen der Delegierten. Kickls Vorgänger, dritte Nationalratpräsident Norbert Hofer kündigte seine Unterstützung für Kickl an. Hofer lässt auch eine weitere Kandidatur bei den kommenden Bundespräsidentenwahlen für die FPÖ offen.

Der neue FPÖ-Fraktionschef gilt als langjähriger Chefdenker der Freiheitlichen und war von 2017 bis 2019 in der Koalition mit der ÖVP Innenminister. Das Bündnis zerbrach an der durch Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ausgelösten Ibiza-Affäre. Nachdem Ibiza jedoch vom Ausland aus befeuert wurde, vermuten Insider, dass es in Wirklichkeit darum ging, Kickl aus der Funktion des Innenministers hinauszudrängen, was auch dadurch bestätigt wurde, dass Bundeskanzler Sebastian Kurz sich entgegen seinen Zusagen nach dem Strache-Rücktritt weigerte, die Koalition mit Kickl als Innenminister fortzuführen.

Für Kickl ist Migration nicht „alternativlos“

Kickl führte in seiner Amtszeit als Innenminister vor, dass die Völkerwanderung in die europäischen Sozialstaaten nicht alternativlos sei, wie von vielen Politikern hartnäckig behauptet wird. Eine Reihe von Maßnahmen, die er als Innenminister auf den Weg brachte bestätigten diese Annahme. Dazu zählten unter anderem die „Anschlusshaft“, was bedeutet, dass Kriminelle nach der Haft gleich abgeschoben und nicht entlassen werden, um unterzutauchen zu können oder die Aberkennung des Asylstatus für „Flüchtlinge“, die in dem Land Urlaub machen, wo sie vorgeben, verfolgt zu werden.

Was wird sich mit Kickl für die FPÖ jetzt ändern?

Was sich für die FPÖ unter Kickl jetzt ändern könnte, wird in *ZurZeit*, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION wie folgt analysiert: Mit Kickl an der Spitze, wird die FPÖ zur ihren Wurzeln zurückkehren. Angriffige und vor allem authentische Oppositionspolitik ist dementsprechend zu erwarten. Außerdem wird es mit dem neuen FPÖ-Chef keine Distanzierungspolitik, Anbiederungen und ungerechtfertigte Diplomatie mehr geben. Das ist es wohl was die FPÖ momentan braucht. Denn seit der letzten Wahl ist einiges an Stimmen wieder aufzuholen. Vor allem das Standard Klientel kann durch Kickl wieder aus dem Nicht-Wähler Segment zurückgeholt werden. Dafür aber könnten sich blau-schwarz Gesinnte weniger vertreten fühlen.

Dass Kickl sich trotzdem kein Blatt vor dem Mund nehmen wird, ist gewiss. Auch seine Haltung gegenüber den Identitären wird sich nicht ändern. Er bezeichnete die patriotische Gruppierung als „unterstützenswertes Projekt“ und als „eine NGO von rechts“. Dadurch unterscheidet er sich klar von seinen Vorgängern Hofer und Strache.

UNSER MITTELEUROPA wird in Zukunft ausführlich und objektiv über die Aktivitäten des neuen FPÖ-Chefs berichten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER